

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Dringergeld.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Bfg. für die 6 gefaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 2

Sonntag, den 12. Januar

1919

An die Mitglieder!

Wir können unseren Mitgliedern weiter mitteilen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen das uns zustehende Papierkontingent, zunächst soweit, als hier lagernd, an sich genommen hat, um es für seine Zeitung zu verwenden. Wir sind gegen solche Gewalttaten natürlich machtlos. Hoffentlich gelingt es uns, anderweitig Papier zu beschaffen und den Druck unseres Organs sicherzustellen.

Der Verbandsvorstand.

Immer noch Widerstand.

In der vorigen Nummer des Tabak-Arbeiter riefen wir die Tabakarbeiter auf, auf dem Posten zu sein und sich dort, wo es nötig sein wird, für den Kampf bereitzuhalten, da bei manchen Fabrikanten die Absicht bestünde, sich gegen die Durchführungen der Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit, wie sie in der Bekanntmachung der Mindener Zentrale vom 7. Dezember 1918 niedergelegt sind, wehren. Uns gingen besonders aus Süddeutschland Mitteilungen darüber zu, daß die Vereinbarungen nicht anerkannt würden. Obwohl die Vereinbarungen für alle bindend sind, hatte der Verband der Zigarrenfabrikanten, Sig. Mannheim, die Vertreter der drei Tabakarbeiterorganisationen zu einer Sitzung geladen, um über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die Sitzung fand denn auch am 23. Dezember 1918 statt. Ueber die Verhandlungen wird uns berichtet, daß die Fabrikanten erklärten, die Vereinbarungen seien für Süddeutschland nicht zeitgemäß. Auch der Oberbadiische Fabrikantenverband sei dieser Ansicht. Man denke nicht daran, die Vereinbarungen, die ohne Zutun der süddeutschen Fabrikanten zustande gekommen seien, durchzuführen. Da Süddeutschland, speziell Baden, ein Drittel der deutschen Zigarrenindustrie vertritt, müsse die Benormung von Norddeutschland entschieden abgelehnt werden. Man sei bereit, mit den Arbeitervertretern Vereinbarungen zu treffen, die die süddeutschen Verhältnisse berücksichtigen. Vor allem kräufte man sich gegen die Entschädigung für Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden. Es wurde behauptet, daß die süddeutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen auch bisher nicht mehr wie 6 bis 8 Stunden täglich gearbeitet hätten. Uebrigens würde der Tabak ausreichen für eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden.

Dazu ist nun zu bemerken, daß die Tabakarbeiter keine Ursache hat, die getroffenen Vereinbarungen, sei es von Fabrikantenorganisationen, sei es von einzelnen Fabrikanten, verschlechtern zu lassen. Was in den Vereinbarungen niedergelegt worden ist, geht über das Dringlichste nicht hinaus. Am allerwenigsten haben die süddeutschen Fabrikanten Ursache, sich durch die Vereinbarungen überlastet zu fühlen; gerade sie haben während des Krieges die allerbesten Geschäfte gemacht, denn obwohl sie dieselben Preise wie die norddeutschen Fabrikanten erhielten, zahlten sie die geringsten Löhne, so daß ihnen dadurch noch ein Extraprofit wurde. Es wäre zu erwägen, ob nicht die süddeutschen und andere Fabrikanten jetzt Gelegenheit zu nehmen hätten, besondere Zulagen auf die Grundlöhne zu machen, um die, die norddeutsche Tabakindustrie und ihre Arbeiter so sehr schädigende, durch die geringen Löhne geförderte Konkurrenz zu unterbinden, und vor allem auch, um die Lage der süddeutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen zu heben.

Bei solchen zentralen Vereinbarungen ist ja immer mit einem gewissen Widerstande rückständiger Gebiete zu rechnen, besonders dann, wenn man bisher nicht gewohnt war, auf zentraler Grundlage zu verhandeln, wie es hier der Fall ist. Für die Arbeiterchaft sind solche zentralen Abmachungen insofern besonders wertvoll, als die zurückgebliebenen Lohngebiete mit vorwärtsgezogen werden, und wenn auch manchmal von den Arbeitern in Gegenden mit besseren Löhnen und besserer Organisation Widerspruch gegen solche Abmachungen erfolgt, weil sie vielleicht im Augenblick der günstigen Konjunktur mehr durchsetzen könnten, so wissen gewerkschaftlich geschulte Arbeiter doch, daß man die Lohnpolitik nicht auf den Augenblick zuschnürden darf, sondern stets nach dem Grundsatz handeln muß: Was ist eine feste und dauernde Verbesserung der Gesamtlage zu schaffen. Und auch die vernünftigeren Arbeitgeber in jenen Gewerben, in denen zentrale Ab-

machungen bestehen, erkennen, daß nur auf dieser Grundlage Erspriechliches geschaffen werden kann.

Wenn nun die Herren vom Verband der Zigarrenfabrikanten, Sig. Mannheim, erklären, daß die Vereinbarungen ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen sind und daraus die Berechtigung zum Widerstande oder zu Sonderabmachungen herleiten wollen, so ist das doch, gelinde gesagt, recht merkwürdig. Der Mannheimer Verband ist unseres Wissens zu der Konferenz in Berlin, wie alle anderen Fabrikantenverbände, geladen worden; da er, und mit ihm der Oberbadiische Verband nicht erschien, hat er sich selbst ausgeschlossen. Das geschah doch wohl in der Absicht, sich nicht zu binden und auf eigene Faust zu handeln. Was in Berlin verhandelt werden sollte, war doch dem Mannheimer Verband bekannt. Weshalb schickte er denn keine Vertreter, um die angeblüche Bevormundung von Norddeutschland abzuwehren? Aber schließlich ist es nicht unsere Sache, zu beurteilen, welche Taktik einzuschlagen der Mannheimer Verband für nötig hält; für uns Tabakarbeiter gilt es, die Vereinbarungen überall zur Durchführung zu bringen und jeden Widerstand dagegen zu brechen. Das sind wir uns schuldig, wollen wir ferner von allen Seiten als Vertragsschließende gelten, die auch imstande sind, für die Durchführung des Vereinbarten zu sorgen. Daß die Tabakarbeiterchaft aufgebracht ist, daß es gerade süddeutsche Fabrikanten sind, die sich sträuben, ist begreiflich. Daß die Tabakarbeiterorganisationen evtl. zum letzten Mittel greifen werden, haben wir bereits in dem Artikel „Alarm“ erklärt.

Schon macht das Beispiel der Mannheimer Fabrikanten Schule. In Kaiserslautern hat sich ein Fabrikantenverein gebildet, der sich ebenfalls vorgenommen hat, mit der Tabakarbeiterchaft Sondervereinbarungen abzuschließen. Daß er über die allgemeinen Abmachungen hinausgehen will, ist wohl nicht anzunehmen, also will er sie durchbrechen. Auch hiergegen werden wir uns wehren und mahnen wir schon jetzt die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen von Kaiserslautern, keinen Schritt zurückzugehen und sich für alle Fälle bereitzuhalten.

Vom Oberbadiischen Fabrikantenverband geht uns die Mitteilung zu, daß er bereit ist, die Vereinbarungen, wie sie in der Bekanntmachung der Mindener Zentrale vom 7. Dezember 1918 zum Ausdruck kommen, anzuerkennen. Wir begrüßen diesen Umchwung in der Gesinnung des Oberbadiischen Verbandes und hoffen, daß er eine gute Wirkung auf die Mannheimer ausüben wird.

Die Deutsche Tabakarbeiterchaft mag aus Vorstehendem erkennen, daß es nicht so einfach ist, Verbesserungen, selbst wenn sie vom größten Teil der Fabrikantenorganisationen anerkannt sind, zur glatten Durchführung zu bringen. Manche Fabrikanten wollen sich nicht unterordnen und suchen auch als Einzelne Widerstand zu leisten. Da aber die Vereinbarungen zentral getroffen worden sind, auch so sind, daß sie von den Fabrikanten erfüllt werden können, muß auf der ganzen Linie ihre schnelle Durchführung erfolgen. Die Tabakarbeiterorganisationen stehen dafür ein.

Gewerkschaften und Nationalversammlung.

Die Arbeiterchaft kann, erst recht, wenn sie sozialistisch denkt, nur an einem geordneten Gang des Wirtschaftslebens Interesse haben. Das setzt natürlich nicht voraus, daß die Entwicklung nun ganz genau in dem alten Geleise vor sich gehen muß. Aber der Produktionsprozeß ist nicht so einfach und es läßt sich mit ihm nicht ungestraft experimentieren. Es handelt sich bei ihm um unzählige ineinandergreifende Einzelhandlungen, bei denen etwaige Störungen, besonders wenn sie von größerer Bedeutung sind, das Ganze mehr oder weniger lahmlegen geeignet sind. Der Krieg hat so stark in den Produktionsprozeß eingegriffen, daß er jetzt fast vollständig erschüttert ist; die alten Zustände, wie sie vor dem Kriege bestanden, sind über den Haufen geworfen, so daß wir uns der Notwendigkeit der Instandsetzung unseres Wirtschaftslebens auf keinen Fall entziehen können.

Es mag wohl Leute geben, die von keinem Verantwortungsgesühl getragen sind und ihrer „Idee“ zuliebe am Volkskörper die gewagtesten Operationen vollziehen möchten; andere mögen vom besten Willen befeuert sein, wenn sie glauben, eine neue Wirtschaftsform ließe sich aus dem Handgelenk schütteln, es brauche

die alte nur vernichtet zu werden, doch haben solche Auffassungen von der Umgestaltung der Verhältnisse vielleicht vor fünfhundert oder tausend Jahren einmal Gültigkeit gehabt. Heute, da das Wirtschaftsleben viel mannigfaltiger gestaltet ist, da wir eine hochentwickelte industrielle und landwirtschaftliche Produktion und insolgedessen einen ebenso hoch entwickelten Handel haben, ist es doch nicht so einfach, die Dinge mit einem Federstrich von Grund auf zu ändern. Wer sozialistisch zu denken gewohnt ist, ist sich klar darüber, daß, so sehr auch die Notwendigkeit für eine Vergesellschaftung der Produktion besteht, sich eine solche Umwandlung nicht kommandieren läßt, am allerwenigsten jetzt, da wir hinsichtlich der Lieferung von Rohstoffen und Produktionsmitteln zum guten Teil auf die Gnade unserer Feinde angewiesen sind. Wehnlich verhält es sich natürlich unseres Exports nach dem Auslande, den wir der Existenz unseres Volkes wegen brauchen. Vor allem ist es Karl Marx, der auf die organische Entwicklung der kapitalistischen zur gesellschaftlichen Produktion hinweist und gewalttätige Änderungen bedenklicher Art als die Volksinteressen schädigend betrachtet. Nicht nur das Zerbrechen von Maschinen ist tödlich, sondern auch das Zerbrechen wichtiger Teile des Produktionsprozesses überhaupt, wenn nicht bereits das Bessere sich aus ihm heraus entwickelt hat.

Ganz selbstverständlich haben unsere Gewerkschaften das Bedürfnis, in den Zweig, auf wirtschaftlichem Gebiete stets das Bessere für die Arbeiterschaft zu erstreben. Deshalb wird es auch Gewerkschaften geben, solange es Arbeiter gibt. Wenn neuerdings der Spartakus-Bund, jetzt Kommunistische Partei genannt, auf einer Konferenz in Berlin die Gewerkschaften in ihrer bisherigen Form für überflüssig erklären ließ, so ist das nicht tragisch zu nehmen, denn die Tatsachen werden mehr bedeuten als Resolutionen der Spartakus-Konferenz.

Auf dieser Konferenz wurden folgende zwei Resolutionen einer Kommission überwiesen, nachdem der Gewerkschaftsangehörige der Handlungsgehilfen-Lange, über die wirtschaftlichen Kämpfe referiert hatte.

1. Die Reichskonferenz erklärt: Die Tarifvertragspolitik der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die Abmilderung des Streiks und die systematische Unterbindung des sozialen Befreiungskampfes des Proletariats durch die Gewerkschaftsbureautratte, sowie die ablehnende, ja feindselige Haltung der Verbandsführer gegen die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der Produktionsmittel sind in ihrer Wirkung staatsverfehlend und darum revolutionärsfeindlich. Die Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaftsverbänden ist deshalb unvereinbar mit den Zielen und den Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands. Für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe und zur Übernahme der Produktion nach dem Sieg der sozialen Revolution ist vielmehr die Bildung revolutionärer, drilicher, begrenzter Arbeiterorganisationen (Einzelorganisationen) notwendig. Diese Kampforganisationen haben ihre Tätigkeit im besten Einvernehmen mit der kommunistischen Partei und den zentralen Streikkommissionen auszuüben und die kommunistische Produktion vorzubereiten und durchzuführen zu lassen.

2. Die Taktik der Gewerkschaften hat vor und während des Krieges zu einer vollständigen Kahmlegung des revolutionären Klassenkampfes geführt. Die Gewerkschaften von heute heraus zu reformieren ist nach allen bisherigen Erfahrungen ein aussichtsloses Beginnen. Die Konferenz der kommunistischen Partei beschließt deshalb den Kampf gegen die Gewerkschaften von heute aufzunehmen und fordert die ihr angeschlossenen Organisationen auf, unverzüglich eine Austrittspropaganda aus den Gewerkschaften auszusenden und diese zu verlassen. Die Konferenz verpflichtet die Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Austritt sofort aus den Gewerkschaften zu vollziehen.

In der jetzigen Situation ist der Standpunkt von getrennt geführten wirtschaftlichen und politischen Kämpfen vollständig überholt. Für das revolutionäre Proletariat ist die wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation geboten. Diese ist die kommunistische Partei Deutschlands.

Daß die Gewerkschaften nicht revolutionär wirken, kann natürlich nur jemand behaupten, der die Geschichte in der oberflächlichsten Weise betrachtet. Ohne Gewerkschaften wäre die gegenwärtige Umwälzung garnicht möglich gewesen, nicht einmal die kommunistische Partei oder der Spartakusbund existierte, wenn wir nicht ein halbes Jahrhundert solcher Gewerkschaftsbewegung gehabt hätten, wie sie heute der Spartakusbund bekämpft. Freilich, Revolution im Hengabelsinn haben die Gewerkschaften nie gemacht, werden sie auch nie machen, denn sie beruhen auf dem Geheiß der Kausalität, des ursächlichen Zusammenhangs mit den Dingen, und hängen nicht in der Luft. Die Gewerkschaften sind revolutionärer als hundert kommunistische Parteien zusammengenommen, und wenn

...sich auch noch so laut geben. Die Gewerkschaften sind bodenständig, weil sie sich aus den Verhältnissen heraus entwickelt haben, mit diesen fortgeschritten und ihnen nicht gewaltmäÙig aufgepfropft worden sind.

Wie die Gewerkschaften sich stets der Situation gewachsen zeigen, wenn es galt, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, so wird es auch jetzt geschehen. Daß jetzt die Arbeiter einen gewaltigen Fortschritt in ihrer sozialen Lage davontragen müssen, wissen die Gewerkschaften sehr wohl und sie werden ihre Tätigkeit entsprechend einstellen, haben es schon, soweit nötig, getan. Soviel aber ist sicher: Im wilden Durcheinander, bei völlig zerstörtem und aufgelöstem Produktionsprozeß kann sich für die Arbeiterschaft kein Neuland entwickeln, das wird unwiderruflich zur Reaktion führen.

Die wirtschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland liegen schwer darnieder und drohen, wenn wir nicht bald Frieden und Ordnung bekommen, zum allgemeinen Chaos auszuarten; eine allgemeine innere Festigung ist nötig. Die abwärts rollende Kugel muß aufgehalten werden. Die Gewerkschaften wissen, daß es schwer ist, aus Trümmern für die Arbeiterschaft bessere Verhältnisse zu schaffen. Aber Sozialismus, Kommunismus oder Idealismus nützt nichts, wenn mit einem Nichts angefangen werden muß und das Volk verhungert.

Deshalb blicken die Gewerkschaften mit Sehnsucht auf die Nationalversammlung, die am 19. Januar gewählt werden soll. Von ihr erhoffen sie, daß sie dem Abwärtsgleiten unseres politischen, und damit auch unseres wirtschaftlichen Lebens ins Bodenlose ein Halt gebietet. Ist das geschehen, dann wollen wir den Volkstaat bauen, der sein soll ein Reich der Arbeit und der Arbeiter. Dann erst ist die Garantie gegeben, daß der Arbeiter einen größeren Anteil am Arbeitsertrage, in letzter Linie durch die Sozialisierung, erhalten kann. Dazu aber wird die Mitwirkung der Gewerkschaften sehr nötig sein. In diesem Sinne nehmen wir als Gewerkschaftler mit Eifer an der Wahl zur Nationalversammlung teil.

Frauenwahlrecht.

Der Krieg, der große Zerstörer, hat auf allen Gebieten revolutionierend gewirkt, er hat trotz seiner schrecklichen Umwälzungen hervorgebracht, die recht erfreulicher Art sind. Probleme, um die jahrzehntelang vergebens gekämpft wurde, sind mit einem Schlage verwirklicht worden. Alte Vorurteile und Schranken sind hinweggefegt worden. Auf dem Gebiete des Frauenwahlrechts war Deutschland bis zum Ausbruch der Revolution eines der rückständigsten Länder. In verschiedenen Staaten Europas besitzen die Frauen schon längst das Wahlrecht, wie in Schweden und Norwegen, ebenso in eilichen Freistaaten Nordamerikas. Auch England hat während des Krieges ein Wahlgesetz geschaffen, welches einen großen Teil seiner weiblichen Bevölkerung wahlberechtigt macht. Die Machthaber im alten Deutschland dagegen verharren auf ihrem reaktionären Standpunkt, und lehnten alle Anträge von sozialdemokratischer Seite, die ja immer und immer wieder erhoben wurden, auf Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes für die Frauen glatt ab. Der Frau räumte man nur eine ganz untergeordnete Stellung ein, Pflichten gegenüber dem Staat und der Gesellschaft hatte die Frau immer zu erfüllen, aber Rechte gab man ihr nie, oder nur sehr kümmerliche. Als Steuerzahlerin war sie dem Staat willkommen, dem Unternehmer als Ausbeutungsobjekt geradezu recht.

Vor dem Kriege hatten wir schon eine von Jahr zu Jahr steigende Frauenarbeit. Laut Statistik des

Metallarbeitsblattes, vom 1. März 1917 waren nahezu 9 Millionen Frauen in Landwirtschaft, Handel und Industrie tätig. 1918 steigerte sich die Zahl naturgemäß noch infolge der vermehrten Einziehung der Männer zum Heeresdienst um ein beträchtliches.

Die Frau hat in dem Kriege Ungeheures geleistet, sie mußte Arbeiten verrichten, die sonst eine Aufgabe der Männer war. Aber sie ist den Anforderungen gerecht geworden, hat ihre Probe glänzend bestanden. Sie ist es gewesen, die das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht erhalten hat. Erfüllt von hohem Pflichtgefühl, besetzt von Opferfreudigkeit und Mut, meistens unter schwersten Entbehrungen, leistete sie dem Vaterlande unschätzbare Dienste. Sie war sich des Ernstes der Stunde bewußt; sie wußte, daß das Vaterland in Gefahr war, sie wußte, was sie ihren Männern, Söhnen und Brüdern, die an der Front dem Hagel der feindlichen Geschosse ausgeliefert waren, schuldig war. Wir sehen heute die Frau in allen Berufen die leichtesten, sowie schwersten Arbeiten verrichten. Den Platz, den die Frau während des Krieges ausgefüllt hat, wird sie auch jetzt nicht freiwillig räumen, denn sie ist ja infolge der teuren Lebenshaltung gezwungen, einem Erwerb nachzugehen.

Loblieder wurden auf die Frau gesungen, man rühmte in allen Tonarten ihre Arbeitsfreudigkeit, ihre Leistungen und Anpassungsfähigkeit, aber dies war auch alles, was man für sie übrig hatte. Für das, was die Frau für die Allgemeinheit geleistet hat, war sie auch berechtigt, Rechte zu fordern. Man hätte ihr damals ohne große Schwierigkeiten dieselben Rechte einräumen können, wie dem Manne. Man fürchtete aber den Einfluß und das Erwachen der Frauen, die fadensteinigen und abgedroschenen Argumente wurden dagegen ins Feld geführt.

Die Revolution, die uns ein neues, freies Deutschland gegeben hat, hat auch die Frau aus ihrer Knechtschaft befreit, hat sie zu einem vollberechtigten Staatsbürger gemacht. Durch Verleihung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes, hat die Frau aufgehört ein politisch minderwertiges Wesen zu sein, sie wird sich zu einer kulturellen Stufe emporarbeiten können, die ihrer als Frau und Mutter gebührt, die ihrer würdig ist. Denn sie vor allen Dingen ist ja als Mutter berufen, mitzubauen und mitzuarbeiten am Ausbau des neuen Heims, für sich und ihre Kinder eine bessere und glücklichere Zukunft zu zimmern.

Zu den Wahlen der Nationalversammlung, die nun endgültig auf den 19. Januar festgesetzt sind, wird es den Frauen vergönnt sein, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Sie wird und muß es der Welt beweisen, daß sie für Freiheit und Fortschritt ist, daß es ihr ebenfalls ernst ist mit den Erregenschaften der Revolution.

Auch in unserer Industrie, in der sehr viele weibliche Arbeiter sind, wird der weitaus größte Teil zur Wahlurne schreiten. Darum Kollegen rufe ich Euch zu, klärt eure Frauen und Töchter und Mitarbeiterinnen auf, betrachtet sie nicht wie bisher als untergeordnetes Wesen, sondern als das, was sie in Wirklichkeit sein sollen: als treue Kameraden, als Mitkämpferinnen um eine bessere und frohe Zukunft! Wenn wir die Frauen für unsere Ziele und Bestrebungen gewonnen haben, gehört uns auch die Jugend, und mit ihnen die Zukunft. Arbeiterinnen der Tabakindustrie gebt eure Stimme am Wahltage nur denjenigen, die auch eure Interessen wirklich vertreten!

A. P i t t s c h e d.

Erwiderung.

Anknüpfend an meinen Artikel in Nr. 1 des „Tabakarbeiter“ hat die Redaktion gestaubt, mir eine gründliche Belehrung über die Bedeutung des Wortes „Sozialisierung“ geben zu müssen. Es denkt sich sonst für jede Belehrung hin, in diesem Falle muß ich eine solche mit Entschiedenheit ablehnen. Ich habe in dem fraglichen Artikel nicht behauptet, daß die Verwirklichung meiner Anregung bereits eine Vergesellschaftung unseres Gewerbes bedeuten würde, sondern ich habe ausdrücklich betont, daß die Verwirklichung meiner Anregung ein gangbarer Weg zur Sozialisierung unseres Gewerbes wäre.

Friz Reimer.

Anmerkung d. Red.: Das Bedürfnis, den Kollegen Reimer zu belehren, liegt bei uns keineswegs vor, zumal wenn er glaubt, der Belehrung nicht zu bedürfen. Wir sind durchaus nicht aufdringlich. Aber wenn jemand im „Tabakarbeiter“ eine Frage zur Diskussion stellt, ist es der Redaktion doch wohl erlaubt, sich auch daran zu beteiligen. Sichtlich möchten wir hinzufügen, daß Kollege Reimer die sofortige Beilegung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise im Tabakgewerbe nicht ohne weiteres verneint, wie er schreibt. Dazu läßt er zum Übergang verschiedene Mittel vor, gegen die wir uns keineswegs gewandt haben. Unsere Ansicht war im Grunde genommen doch nur, die Zufassung des Kollegen Reimer zu unterstreichen, nur daß wir die sofortige Beilegung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise verneinten.

Aus Ermahnungen. Auch in Ermahnungen regt sich wieder neues Leben. Eine Reihe Kollegen ist nach 4 1/2 Jahren Krieg wieder zurückgekehrt, um nunmehr wieder für die Rechte der

Tabakarbeiter zu kämpfen. So fand denn am 31. Dezember 1918 hier eine Versammlung statt, um der Bewegung einen neuen Aufschwung zu geben. Kollege Durban schilderte, wie die Kollegen sich um ein Teil der ihnen nach den Vereinbarungen zustehenden Lohnzuschläge gekümmert wird, daß zum Teil die Löhne sogar noch gekürzt werden. Die Diskussion über diese Sache war recht lebhaft. Die Handlung der Fabrikanten rükt die Tabakarbeiter auf; wir konnten 17 neue Mitglieder dem Verbande zuführen. Dann wurde die Verwaltung neu gewählt, ebenso die Kartelldelegierten. Wir dürfen erwarten, daß sich hier in Emmendingen die noch Fernstehenden dem Verband anschließen. Auf zur Arbeit für unser Wohlergehen K. K.

Verbandssteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Dehmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Telephonamt Roland 6046. — Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachm.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Niederwiesland, Bremen, Faulenstraße 58/60 II (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. S. in Hamburg. Postcheckkonto Nr. 5349 beim Postcheckamt in Hamburg.

Kassenbericht.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, Z. = zurückgezahlt.
27. Dezember. Waisen Z. 57,57. Sainichen B. 50. Meba B. 130. 23. Bremen B. 350. 29. Kofwein B. 100. 30. Schwärzlin a. B. B. 100. Johannsorgestadt B. 50. Waldheim B. 400. Regesack B. 120. Nahlen B. 100. 31. Bremen B. 250. Berlin B. 3000. Hadersleben B. 300. 1. Januar. Burg b. Magdbg. B. 75. Hohenheim B. 600. Pfungstadt B. 200. Offenbach B. 40. 2. Leisnig B. 50. Osterode B. 200.
Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Abrechnung sowie alle überschüssigen Gelder umgehend einzujenden.
Bremen, den 6. Januar 1919.

W. Niederwiesland.

Als verloren gemeldet.

Lampertheim: Das Mitgliedsbuch S II 55 931, lautend auf Otto Barth aus Ddenheim, geb. 13. 9. 88, aufgenommen am 24. 2. 07. Kl. 3. (1. S. 19).
Lübben: Das Mitgliedsbuch S II 93 551, lautend Gertrud Bode aus Lübben, geb. 23. 5. 97, eingetr. 13. 12. 17. Kl. 3. (S 12/1. S. 19).

Adressenänderung.

Gangwedel (1) 1. Bn. Joh. Stünter.
Sellingen (5) 1. Bn. Klilian Schwab.
Wolpa (8) 1. Bn. Paul Midein, Schulbergstr. 19, 2. Ctg.
2. Bn. Otto Halle, Wilhelm Ernststr. 27, 1. Ctg.
Neustreit (7) 1. Bn. Heinrich Giesede (Zig.-Arbt.)
Guben (11) 1. Bn. August Schwemmer, Fempellstr. 6.
Hannover (2) 1. Bn. Heinz. Boiaz, Hannover-Linden, Gumbtstraße 36.
Rischlengern (4) 1. Bn. H. Nicholas, Südlengern Nr. 356. 2. Bn. Adolf Rolf, Südlengern Nr. 66.
Girschberg (10) Ernst Schröder 2. Bn.
Spreenberg (11) 1. Bn. Ernst Meyer, Baukenerstr. 70. 2. Bn. Rich. Handreit, Baukenerstr. 71. Alle Zuschriften sind an den 2. Bn. zu richten.
Oberaltendorf (9) 1. Bn. Ernst Bartel.
Dahme i. d. Mark (17) Wilh. Telerich, Wallstr. 7.

Pirna 70 Hg.

Beistatten.

Gestorben:

Gestorben am 6. November 1918 der Zigarrenarbeiter Ernst Zanger aus Rübena, 31 Jahre alt (Schiffstraße Dresden).
Am 25. Dezember starb zu Dresden die Paderin Charlotte Weinide aus Pörschapel, 22 Jahre alt.
Am 30. Dezember starb zu Lübben der Zigarrenarbeiter Wilhelm Doermeier aus Greben, 58 Jahre alt. Kollege Doermeier war 31 Jahre Mitglied unseres Verbandes.
Am 1. Januar starb zu Lübbede die Wirtshausbesitzerin Sophie Löwe aus Lübbede, 67 Jahre alt.

Ehre Ihrem Andenken!

Unserm Kollegen **Martin Wenke** nebst Braut **Johanne Meino** zu ihrer Verlobung am 25. Dez. 1918 die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Die Kollegen der Firma **H. Feist**, Schrambed.

Meinem Kollegen **Wilhelm Karstens** aus Heide zu seinem am 8. Januar stattgefundenen 70. Geburtstag
eindreifaches „Gut Tobak“.
Emil Baum u. Söhne, Pirna.

L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstraße 24

Tabakschneider Elcohnco

schneidet Tabak und Rippen groß, liefert 40-50 kg täglich, transportiert selbsttätig.
Mk. 68.75 inkl. Vp p.zk.
Der einfachste und billigste Apparat der Gegenwart.

Zigarillos - Formen
Tragant - Ersatz
Arbeitsmesser
Zigarrenband
sofort lieferbar
Friedensliste 24 auf Wunsch umgehend kostenlos.

GARRÁTY
ZIGARETTEN

Oralia

E Da Capo

Trostfreie Qualität Zigarette

AMECKSTEIN & SOHNE, DRESDEN

Ca. 17 000 gebrauchte Wickelformen,
alle erdenklichen Fassons, teils wie neu,
zu sehr billigen Preisen am Lager.
Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.

Heinrich Franck, Berlin N 54.
Kohlabakhandlung. Brunnenstrasse 22. Utensilien für Zigarrenfabriken.